

Brühler Zeitung

Brühler Lokalanzeiger - Brühler Stadtanzeiger - Brühler Volkszeitung

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe 10 Wg. Nettolohn
30 Wg. Offertengebühr und Auskunftsgebühr 30 Wg.
Bei zwangsweiser Verbreitung oder Konturs ist jeder
Abdruck hinfällig. Platzverträge unverbindlich.
Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur
dann zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt.

Amtsblatt der Stadt Brühl

Postfachkonto Köln 12742 * Fernsprecher 2108.

Bezugspreis: Durch den Boten frei ins Haus oder
durch die Post monatlich 1,50 Wg. einw. Trägerschein.

Die Brühler Zeitung erscheint täglich außer an
Sonntagen und Feiertagen. Störungen infolge
höherer Gewalt rechtfertigen keine Ersatzeinrückung.

Beilagen: Der Familienfreund * Sport * Aus der Welt der Frau * Der praktische Landwirt * Der Erzähler * Der Mittelstand * Sonntagsfreude * Rundfunk

Nr. 167

Mittwoch 20. Juli 1932

35. Jahrgang

Wir wollen Ruhe und Ordnung!

Dr. Fr. 20. Juli 1932

Wir haben die Wiedereinführung des Demonstrationsverbotes begrüßt, weil dadurch wenigstens ein Grund für die zahlreichen blutigen Zusammenstöße aus dem Wege geräumt wurde. Wir erwarten von der Reichsregierung, daß sie dabei nicht stehen bleibt, sondern auch die aufreizende Wirkung der verschiedenen Parteiuniformen beseitigt. Wir sind der Ansicht, daß die Uniform für die Organe der Staatsautorität da ist; die Erfahrung beweist, daß die Parteiuniform aufreizend wirkt.

Die beteiligten Radikalen schieben sich natürlich gegenseitig die Schuld zu. Der „Völkische Beobachter“ bringt täglich eine Liste der von „rohen Mördern“ erschlagenen Nationalsozialisten. Die Liste von Nationalsozialisten getöteten Sozialisten und Kommunisten sucht man hier vergebens. Die findet man in den Blättern der Gegenseite. Es ist schon so wie die „Kölnische Zeitung“ gestern Abend schreibt:

„Tatsächlich tragen auch die Kommunisten die Hauptschuld an den blutigen Zwischenfällen der letzten Tage, das steht fest. Andererseits jedoch hat es auch an Herausforderungen der Gegenseite nicht gefehlt, ebenso wenig an Raufhändeln, für welche die Nationalsozialisten verantwortlich zu machen sind. Wie aber auch die Dinge im einzelnen liegen mögen, auf eins kommt es an: daß mit den Straßenschlächten endgültig Schluss gemacht wird, die eine Kultur schandbar sind und unweigerlich in den Bürgerkrieg hineinführen. Wer immer gegen die Gesetze verstoßt, hat die Folgen sich selbst zuzuschreiben und darf sich, nachdem jetzt eine letzte Warnung ergangen ist, über gezeigte Strafen nicht beklagen.“

Man sehe sich nur die heutige Meldung aus Weßeling an. Es ist nur eine von vielen der letzten Tage, aus denen hervorgeht, daß die Schuld nicht nur auf Seiten der Kommunisten zu suchen ist. Wir wollen aber Ruhe und Ordnung. Das ist nicht „Freiheit“, wie man aus einem Auspruch Hitlers entnehmen kann, sondern der Rechtsanspruch des ehrlichen Staatsbürgers. Es ist gleichzeitig auch die nationale Forderung, die wir erheben können. Wird sie nicht bald erfüllt, dann schwindet auch noch der letzte Rest von Achtung vor Deutschland in der Welt. Mit Recht nennt die K.Z. diese Straßenschlägerei eine Kulturschande.

Die Nationalsozialisten markieren jetzt zunächst den Unschuldigen. Die Verordnung richtet sich nicht gegen sie. Sie warteten deshalb ab, wie die Regierung weiter vorgehen wolle. Das muß man sagen, Sie verstehen schon, sich selbst dumm zu stellen, wenn alles auf sie hinfällt. So auch jetzt. Im Bruchstück der Ueberzeugung werden dann noch weitere Forderungen aufgestellt. „Verbot der kommunistischen Partei!“ „Zäuberung der Behördenstellen schwarzer geschäftsführender Ministerien.“ Man staunt wirklich ob solcher Frechheit. Also die Polizeistellen, die in letzter Zeit mehr als ihre Pflicht taten, sollen jetzt bestraft, abgesetzt und natürlich durch waschechte nationalsozialistische „Parteibuchbeamte“ (so nennt man's doch!) ersetzt werden? Das ist die bekannte Methode: „Haltet den Dieb!“

Aber man soll unser Volk nicht für so dumm halten, daß es sich durch dieses Geschrei der Beobachter-Presse ein A für ein U vormalen läßt. Wir haben in letzter Zeit zur Genüge Gelegenheit gehabt, aus dem Anschauungsunterricht „marschierender Patrouille“ zu lernen. Wir haben gesehen, was die friedliche Bevölkerung von dieser Art „Politik mit den Weinen“ zu erwarten hat. Allmählich wird unser Volk wach aus dem Nebel einer hemmungslosen Agitation. Am 31. Juli muß die Quittung darauf erfolgen. Wer Ruhe und Ordnung will, wählt den machtvollen Block der Mitte, die deutsche Zentrumspartei. Liste 4!

Wieder mal Reichskommissar in Sicht?

Das Drängen der Rechten - Wird die Regierung nachgeben? - Herr von Papen als Reichskommissar? - Ernst Warnungen.

Preussische Minister beim Reichskanzler.

Berlin, 19. Juli. Reichskanzler von Papen hat für morgen die preussischen Minister Hirtfelder und Severing zu einer Besprechung gebeten.

Was steht dahinter?

„Diese Besprechung wird in politischen Kreisen mit ganz besonderer Aufmerksamkeit verfolgt. Die Rechte verlangt ja immer stürmischer die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen. Der nationalsozialistische Landtagspräsident Kerk hat in seinem angekündigten Brief an den Reichskanzler die „vorübergehende Unterstellung der preussischen Polizei unter das Reich“ verlangt. Nun vermutet man in politischen Kreisen, daß die Reichsregierung, nachdem sie ihren nationalsozialistischen Schutztruppen mit dem neuen Demonstrationsverbot hat wehtun müssen, jetzt dem braunen Hause auf der anderen Seite entgegenkommen möchte. Das könnte durch Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen geschehen.“

Freilich würde ein solcher Eingriff völlig unmotiviert sein und verfassungsmäßig ungeheuerlich wirken. Die geschäftsführende Regierung in Preußen ist durchaus verfassungsmäßig. Herr Kerk hat auch in seinem oben erwähnten Brief verschwiegen, daß ja auf Antrag seiner eigenen Fraktion die Regierungsbildung in Preußen bis nach den Wahlen verschoben wurde.

Die „Kölnische Volkszeitung“, die ebenfalls Informationen aus Berlin erhielt, daß man in politischen Kreisen mit einem Eingreifen der Reichsregierung in Preußen rechne, schreibt dazu:

„Wir können einstweilen nicht glauben, daß im Reichskabinett diese Kräfte die Oberhand gewinnen sollten. Denn das, was der Reichsregierung vorgeschlagen wird, würde nicht die Ruhe wiederherstellen, sondern die Unruhe im deutschen Volke weiter verstärken. Es würde Feuer an das Pulver bringen, weil es im Volke den Eindruck erwecken könnte, daß die Reichsregierung deshalb die von allen ordnungswilligen Kreisen des deutschen Volkes geforderten und für jeden sachlich denkenden Menschen auf der Hand liegenden Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ordnung und Sicherheit nicht treffen möchte, um die preussische Polizei den Nationalsozialisten in die Hand zu spielen, die bei der Reichstagswahl keine Mehrheit erzielen werden und bislang auch in Preußen keine Genehmigung erteilt haben, sich an der Regierung zu beteiligen.“

Wir warnen deshalb auf das nachdrücklichste vor Experimenten, die ein Spiel mit dem Bürgerkrieg bedeuten könnten.

Wir warnen vor einem leichtfertigen Umgang mit der Verfassung und vor Auslegungen, die vom Volke als Wille auf die Verfassung aufgefaßt werden könnten.

Wir warnen jedermann, mit braunen Fäusten in jenes kunstvolle Gewebe hineinzugreifen, auf dem ein Bismarck den Reichsaufbau begründet hatte.

Wir warnen jedermann, Kräfte nachzugeben, die die Politik mit dem Exzerziplatz verwechseln.

Denn abgesehen von der Tatsache, daß die Bestellung eines Reichskommissars für Preußen und die Unterstellung der preussischen Polizei unter die Reichsgewalt als Bruch der Reichsverfassung gewertet werden müßte, besteht nach der sachlichen Seite hin kein Grund für eine solche Maßnahme. Die geschäftsführende Regierung in Preußen ist voll arbeitsfähig, und die Polizei ist fest in der Hand des Staates. Daß der preussische Innenminister

gewillt ist, die Machtmittel des Staates überall dort einzusetzen, wo Angriffe auf die Ruhe und Ordnung erfolgen und wo die Staatsgewalt gefährdet ist, hat er oft genug durch Wort und Tat erkennen lassen. Für die im Gefolge der Aufhebung des Demonstrations- und Uniformverbots erfolgten Störungen der Ruhe und Ordnung und für das dabei vergossene Blut sind diejenigen verantwortlich, die allen Warnungen zum Trotz die bestehenden Verbote aufgehoben haben. Diese Verantwortung erfordert, daß die Reichsregierung nicht auf halbem Wege stehen bleibt, sondern neben dem Demonstrationsverbot auch das Uniformverbot setzt.“

Der Kanzler will selbst Reichskommissar werden?

Auch die Kölnische Zeitung schreibt heute morgen in einem längeren Artikel, in dem sie von stündlich wechselnden politischen Situationen in Berlin spricht, u. a.:

„Es besteht kein Zweifel darüber, daß innerhalb der Reichsregierung ernste Erwägungen darüber schweben, auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung einen Reichskommissar in Preußen einzusetzen.“

In einem Teil der Presse werden bereits die verschiedensten Persönlichkeiten für den Posten eines Reichskommissars in Preußen genannt. Nach unserer Kenntnis dürfte die Version am ehesten zutreffen, daß für den Fall der Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen der Reichskanzler selbst dieses Amt übernehmen wird.“

Der Terror fordert neue Opfer.

Es nimmt noch kein Ende - Erregte Aussprache im Staatsrat - Mahnruf der deutsche Bischöfe.

„Nur ein erster Schritt“.

Eine deutsche Erklärung der Reichsregierung.

WTB Berlin, 19. Juli. In dem über die deutschen Sender heute Abend gegebenen Nachrichtendienst der Drabag wurde folgende Erklärung der Reichsregierung verlesen:

Bei dem Vollzug der Notverordnung gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932, die weitgehende Milderungen gegenüber den bis dahin bestehenden Ausnahmevorschriften brachte, hatte der Herr Reichspräsident in einem Brief an den Reichsminister des Innern, der seinerzeit auch der Öffentlichkeit bekanntgegeben worden ist, der Erwartung Ausdruck gegeben, daß der politische Meinungskampf in ruhiger Form abspielen werde und daß Gewalttätigkeiten unterbleiben würden. Der Reichspräsident hatte hinzugefügt, daß er, falls sich diese Erwartung nicht erfüllen sollte, entschlossen sei, mit allen ihm verfassungsmäßig zustehenden Mitteln gegen Ausschreitungen jeder Art vorzugehen.

Leider haben sich jedoch die politischen Zusammenstöße und Ueberfälle namentlich in der letzten Zeit dauernd vermehrt, und die Zahl der Toten und Verletzten, die das Opfer von Ueberfällen geworden sind, ist erschreckend gestiegen. Die Polizeigewalt hat offensichtlich

Noch keinerlei Beschlüsse.

ENB Berlin, 19. Juli. (Drab.) Zu der für morgen anberaumten Besprechung des Reichskanzlers von Papen mit den preussischen Ministern Hirtfelder und Severing (vgl. S. 1) erfährt das Contibüro aus gut unterrichteter Quelle, die Reichsregierung halte nach wie vor an der Absicht fest, zunächst die Auswirkungen des Demonstrationsverbotes abzuwarten. In der morgigen Konferenz dürfte es sich daher auch lediglich darum handeln, die Situation mit den Herren der Preussenregierung zu besprechen. Bezüglich Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen und Verhängung des Ausnahmezustandes müsse, so wird dem Contibüro ausdrücklich versichert, hervorgehoben werden, daß seitens der Reichsregierung nach dieser Richtung hin noch keinerlei Beschlüsse gefaßt worden seien.

Bedenkliche Wege.

Berlin, 20. Juli. (Sig. Melb. unv. Berl. Bertr.) Im Zusammenhang mit den vorher erwähnten Bestrebungen der Reichsregierung auf Eingreifen in Preußen wird ernsthaft vor einer Verfassungsverletzung gewarnt. Es geht eine tiefe Unruhe durch die republikanischen politischen Kreise, die jetzt noch durch einen neuen Vorfall verstärkt wird. Die Reichsregierung hat nämlich auf die Einladung der preussischen Regierung zu einer gemeinsamen Verfassungsfeier mit einer Absage geantwortet, und zwar aus Sparmaßregeln. Diese etwas allzu-deutlich geäußerte Abneigung gegen die Verfassung seitens der zu ihrem Hüter berufenen Regierung muß in allen verfassungstreuen Kreisen stärkstes Befremden hervorrufen. Eine Verfassungsfeier braucht gar nicht mit großen Unkosten verbunden zu sein. Sie kann recht schlicht gestaltet werden. Es ist das erstemal, daß eine Reichsregierung sich derart referiert verhält.

nicht überall ausgereicht, solche Zusammenstöße und Ueberfälle zu verhindern.

Der Herr Reichsminister des Innern hat bei dieser Sachlage von der ihm durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Juni 1932 erteilten Befugnis, Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge wieder zu verbieten, Gebrauch gemacht. Nachdem am Sonntag vor acht Tagen in Orlau und am letzten Sonntag in Altona sich die bekannten blutigen Vorfälle ereignet hatten, mußte es der Herr Reichsminister des Innern in Uebereinstimmung mit dem Kabinett als seine Pflicht ansehen, zunächst diese Maßnahme zu treffen.

Es ist aber verständlich und von der Reichsregierung auch bereits gestern angekündigt worden, daß das Demonstrationsverbot nur ein erster Schritt ist. Die Landesregierungen sind ersucht worden, die aus dem Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzügen sich ergebende Entlastung der Polizei dazu zu benutzen, um die Schlupfwinkel und Waffenlager der Kommunisten, deren Vorhandensein durch die Altonaer Vorgänge erwiesen ist, nachdrücklichst auszubauen und damit die Grundlage für eine künftige ruhigere Gestaltung öffentlicher Veranstaltungen zu schaffen. Die Reichsregierung wird dem Reichspräsidenten nötigenfalls weitere Maßnahmen gegen diejenigen vorschlagen, die künftigen politischen Kampf mit der Waffe in der Hand oder gar unter verbrecherischer Ver-

wendung von Sprengstoffen führen sollten. Das deutsche Volk kann darauf vertrauen, daß die Reichsregierung durchgreifen wird.

Staatsrat verlangt Uniformverbot.

Berlin, 19. Juli. Im Preussischen Staatsrat kam es am Dienstagabend zu einer umfangreichen politischen Aussprache, zu der der sozialdemokratische Antrag, der die Wiedereinführung des Uniformverbots verlangte, Anlaß gab. Auch das Zentrum hatte einen Antrag eingebracht, der die Staatsregierung ersucht, mit allen Mitteln für die Wiederherstellung geordneter Zustände zu sorgen und in diesem Sinne auch auf die Reichsregierung einzuwirken. Insbesondere wird es als dringend notwendig bezeichnet, daß über die Beschränkung der Rundgebungs-freiheit hinaus das Uniformverbot wieder eingeführt und gegen jeden ungesetzlichen Waffen- und Sprengstoffbesitz mit unnach-sichtlicher Strenge vorgegangen wird.

Die Aussprache über diese Anträge ge-nahmte sich außerordentlich erregt. Den so-zialdemokratischen Antrag begründete Dr. Meerfeld (Köln), der in äußerst schar-fen Ausdrücken heftige Angriffe gegen die Nationalsozialisten richtete. 99 Tote seien seit der Aufhebung des Uniformverbots in Deutschland zu zählen und 1125 Verwun-dete. Auch das neue Rundgebungsverbot werde die politischen Gewalttaten nicht unterbinden, solange die Uniformfreiheit weiterbesteht. Die Arbeitermassen würden zur Selbsthilfe greifen und wenn nötig an den Schanzen des deutschen Namens das Straßengericht vollziehen.

Reichsminister des Innern, Frhr. von Gahl, der als Mitglied des Staatsrats an den Verhandlungen teilnahm, hatte vor der Rede den Saal verlassen. Nach Meerfeld sprach ein Vertreter der Kommunisten und dann für die National-sozialisten Sprenger, der in erregten Ausführungen die Angriffe des sozialdemo-kratischen Vertreters zurückwies.

Präsident Dr. Adenauer be-merkte, die Ausführungen der drei Vorred-ner hätten so starke Verstöße gegen die Ord-nung des Staatsrechts enthalten, daß er die Redner sämtlich zur Ordnung rufe.

In der Abstimmung wurde der An-trag des Zentrums mit den Stimmen des Reichsrats und der Sozialdemokraten an-genommen, nachdem die Sozialde-mokraten ihren eigenen Antrag zurückgezo-gen hatten.

Die Bischöfe gegen den politischen Terror

EMB Breslau, 19. Juli. Im Namen der in der Fuldaer Bischofskonfe-renz vereinigten Oberhirten hat Kar-dinal Vertram (Breslau) an den Reichskanzler und den Reichs-minister des Innern ein Schreiben gerichtet. Darin wird die Reichsregierung dringend ersucht, in den letzten Wochen vor der Reichstagswahl dem überhandnehmen- den Terror der radikalen Par- teien mit durchgreifender Strenge ent- gegenzutreten. Eine nachsichtige Be-handlung solcher Zustände würde die Un-tergrabung jener Achtung der Staatsauto-rität zur Folge haben, die heiliges Gebot der christlichen Ordnung sei. Im Inland und im Ausland werde es aus schmerz- lichste empfunden, wie verrohend und entmenschend ein solches Treiben auf welchste Kreise, namentlich auf die heran-wachsende Jugend, wirke, deren edle, sitti- liche Bildung seither stets als höchste der staatlichen Aufgaben betrachtet worden sei.

Die Zahl der Altonaer Todesopfer auf 16 erhöht.

Wp Altona, 19. Juli. Nach Mittei- lung des Städtischen Pressesamts Altona hat sich durch den Tod eines weiteren Na- tionalsozialisten die Zahl der Todesopfer bei den Unruhen am Sonntag auf 16 er- höht.

Altona, 19. Juli. Von den Schwer- verletzten der Unruhen am Sonntag ist heute ein weiterer seinen Verletzungen er- legen, so daß sich die Zahl der Todes- opfer auf insgesamt 16 erhöht. Drei weitere Schwerverletzte schweben noch in Lebensgefahr.

22 bewaffnete Nationalsozialisten festgenommen.

Stettin, 19. Juli. Laut Mitteilung des Polizeipräsidenten wurden in der Nacht zum Dienstag von einem nach Udermünde entsandten Kommando der Stettiner Schutz- polizei ein Lastkraftwagen und ein Perjo- nenwagen, die mit 22 SA-Leuten aus Wafersdorf besetzt waren, angehalten. Bei der Durchsuchung der Nationalsozialisten und der Kraftwagen sowie des Geländes neben der Landstraße wurden neun Pistolen

und Revolver, drei Stahlschläger, sechs Schlägerröhrer und Dolche, mehrere Gummiknüppel, Schenkelmesser, Schlagringe, sowie über 100 Schuß Munition und son- stige Wapen- und Schlagwerkzeuge gefunden.

Nach Angabe des Führers haben die Nationalsozialisten im ganzen 13 Pistolen mitgeführt und waren nach Uderwarp zur Unterstützung dort bedrohter Parteimitglie- der beordert worden. Die SA-Leute wur- den festgenommen und nach dem Polizei- präsidium Stettin gebracht.

(Geredet wird immer nur von der Bewaffnung der Kommunisten. Die Tatsachen reden eine deutliche andere Sprache, wie vorstehender Bericht wieder zeigt.)

Politische Ausschreitungen in Memmingen

Memmingen, 19. Juli. In einer Versammlung der Bayerischen Volkspartei kam es heute zu schweren Ausschreitungen. Schon die Ausführungen des ersten Red- ners, Dr. Rauch, wurden wiederholt durch nationalsozialistische Zwischenrufe ge- stört. Als der zweite Redner, Dr. Roth- aermel, seine Ausführungen begann, wurde er von den Nationalsozialisten, die ziemlich zahlreich anwesend waren, dauernd unterbrochen. Die Nationalsozialisten drang- en schließlich mit erhobenen Stühlen und Biergläsern gegen die Rednertribüne vor. Saalschutz und Polizei versuchten vergeb-

lich, die Ruhe herzustellen. Es kam zu einer regelrechten Saalschlacht. Der Schriftleiter des Memminger Volksblattes, Dr. Fint, wurde durch einen Stuhl am Kopfe schwer verletzt und mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Der Täter wurde verhaftet. Erst nach längerem Ver- suchungen gelang es der Polizei, die Ver- sammlung zu schließen.

Ein Soler in Wesseling.

Wesseling, 19. Juli. Gestern abend überlebten Nationalsozialisten Plakate ge- nerischer Parteien. Hierbei kam es zu Zu- sammenstößen, bei denen verschiedene Leute verletzt wurden. Einige Zeit darauf kam ein Auto mit Nationalsozialisti- ken angefahren, aus dem die auf der Hauptstraße stehenden Gruppen beschos- sen wurden. Der Arbeiter Stupp wurde durch Herzschuß getötet, ein zweiter er- hielt einen schweren Kopfschlag; es handelte sich um unbeteiligte Leute. Die Ueberfallkommandos von Köln und Bonn nahmen mehrere Durchsuchungen bei Na- tionalsozialisten vor und nahmen verschie- dene Leute fest. Der Wagen, aus dem die Schüsse abgegeben wurden, wurde in Bonn von der Polizei gestellt.

Psychologische Agrarpolitik

Serr von Schlange-Schöningen rechtfertigt Brünings Agrarpolitik — Eine unangenehme Bilanz für die neue Regierung.

Reichsminister a. D. Schlange-Schö- ningen, der Diskussionsführer des Brünings- netzes, ein Mann der politischen Rechten, ver- öffentlicht in der „Germania“ einen Artikel unter der Überschrift „Psychologische Agrarpolitik“. Selbst Landwirt, aus den Kreisen des Landbundes in die Politik ge- kommen, hat Herr Schlange wohl ein Urteil über landwirtschaftliche und politische Fra- gen. Seine Ausführungen verdienen weiteste Beachtung. Wir entnehmen ihnen daher folgende Absätze:

Sechs Wochen haben wir die neue Re- gierung. Sechs Wochen hat sie fair play gehabt und damit die Möglichkeit, zu zei- gen, was sie kann. Sechs Wochen hat sie uns den „grundtätigsten neuen Kurs“ ab ocu- los demonstriert, und wir Menschen im Lande haben das Recht des Mitbetroffenen, eine Art Bilanz zu ziehen. Wir tun es leidenschaftlich und ohne jeden per- sönlichen Angriff gegen Männer, deren gu- ter Wille über allem Zweifel erhaben steht. Wir stellen nur die Tatsachen fest, und diese Tatsachen scheinen allerdings für Deutschlands Entwicklung mehr als verhängnisvoll zu sein: In Berlin und anderen großen Städten, im Ruhrgebiet, aber auch schon in den kleinen Landstädten des Ostens wird Nacht für Nacht geschossen; eine Art von offen- nem Bürgerkrieg ist eröffnet. Deutschland ist im Begriff, zu einer kleineren uniformier- ten Zivilisierten zu werden. Neue militär- ähnliche Verbände sind im Entstehen, um dem friedlichen Bürger den modernen Ver- griff der Staatsautorität beizubringen. Einer kämpft gegen den andern und beweist so dem Ausland, was zusammengefaßte deutsche Kraft vermag. Nur ein Ziel eint alle: Der Wille zum Kampf gegen diese Reichsregierung, von den SA-Abteilungen Hitlers über Hugenberg bis zur Eisernen Front. Der Zusammenhalt des Reiches scheint permanent bedroht; die süddeut- schen Länder, in deren Behandlung Bismarck höchste Staatskunst bewies, sind gründlich vor den Kopf gestoßen; die Ge- fahr der Mainlinie zeichnet sich plötzlich neu am Horizont. Die Spannungen zwi- schen den Konfessionen steigen: Eine neue Kulturkampfsära hätte uns gerade noch gefehlt. Als positiver Prozeßant des deutschen Ostens sehe ich hier besonders bedrohliche Erschütterungen em- porwachsen.

Außenpolitisch hat Lausanne durch- aus nicht jenes maritime Aufstehen gebracht, das mancher als das mindeste von der so- genannten grundtätigen Kursänderung zur „nationalen Konzentration“ erwartete. Es wurde durchaus im hergebrachten alten Stil verhandelt. Dafür ist man aber hin- ter das Brünings-Wort des „Wir können nicht mehr zahlen“ auf die 3 Mil- liarden Herrichts zurückgegangen, ohne in den großen politischen Fragen einen wirklichen Schritt nach vorwärts zu tun. Wirtschaftlich ist alles beim alten ge- blieben: Man hat die angestrebten Not- verordnungen, über die das alte Kabinett stürzte, übernommen, nur mit der kleinen Änderung, daß man die Lasten ver- schärfte, zum Ausgleich aber das po- sitiv Aufbauende herausstrich, daß man die privatkapitalistische Tendenz auf Kosten der sozialen Note einseitig ver- stärkte. Der Handelsvertrag mit Schweden ist akkordiert, eine Ver-

higungsprobe für die Landwirtschaft: Zur Sicherheit hat man jedoch nicht die Drei- monatsfrist des möglichen Ablaufs ge- wählt, sondern läßt ihn bis zum Fe- bruar weiterlaufen; wer weiß, was bis dahin passiert. Die Ernte wird manipuliert, und die Preise fallen. Die bäuerliche Veredelungswirtschaft darf auf die Zukunft hoffen. Für die Siedlung ist allmählich nun dieses Jahr veräumt. Das alles hat der tägliche Rundfunk wieder gut- zumachen. Fast möchte man mutatis mu- tandis das im Höhepunkt des Weltkrieges gesprochene Wort Clemenceaus zitieren: „Wohin ich schaute, nirgends eine Rettung. Ich sah ein bestürztes, fassungsloses Parla- ment, eine närrische Presse, eine aus Rand und Band geratene öffentliche Meinung — Worte, Worte, überall wunderschöne Wor- te; niemals hatte man so schöne Reden ge- hört wie jetzt.“

Inmitten dieser politischen Irrungen und Wirrungen und wirtschaftlichen Span- nungen hat die deutsche Landwirtschaft ihren Lebenskampf fortzusetzen. Vielleicht ist es zu ihrer politischen Weiterbildung gut, wenn ihr durch den Gang der Dinge jetzt einmal klar vor Augen geführt wird, daß auch eine Reichsregierung stärksten agrarischen Besitztums nicht imstande ist, im Deutschland von heute Wasser in Wein zu verwandeln und plötzlich alles zum Guten zu wenden, wäh- rend Millionen Menschen arbeitslos auf der Straße stehen und, ebenso wie sie, jeder andere Berufsstand um letzte Lebensmög- lichkeiten ringt. Vielleicht wird sogar in die- ser Götzenandäuerung sich die Ansicht aus- breiten, daß die Regierung Brü- ning in klarer Erkenntnis des Notwendigen für den landwirtschaftlichen Berufs- stand das Menschenmögliche tat, fast bis zur Grenze dessen, wo die politische Unerträglichkeit ankam, die zu jener Explosion hätte führen können, bei deren Eintreten der Bauer in der Geschichte aller Zeiten noch immer der am schwersten Leidtragende ge- wesen ist. Die Getreidepreise wurden unter dem Kabinett Brüning weit abgesetzt vom Weltmarkt und liegen zum Teil dreifach über denen der Nachbarlän- der. Die Viehpreise und die Preise für die Veredelungsprodukte sind gewiß schlecht, aber immerhin weit besser als in den meisten anderen Ländern. Die Bauernrisse Dänemarks zeigt, wie sehr diese Dinge mit der allgemeinen Kaufkraft und Abnahmefähigkeit zusammenhängen. Jede Regierung wird mit der Zeit erken- nen, daß keine wie immer geartete Gese- macherei entscheidend ankommen kann gegen Ueberproduktion einerseits und allgemeine Veredelung andererseits.

Im Zuckerbau ist die ein- mütig gewünschte Kontingenterie durch- geführt und wird voraussichtlich eine Wandlung zum Besseren bringen. In der Kartoffelwirtschaft hat man die Spiritusbeimischung zum Betriebsstoff ein- geföhrt, um eine Entlastung des Marktes herbeizuföhren. In der großen Noverord- nung vom 8. Dezember wurde die Zins- senkung begonnen. Der Vollstreckungs- schuß im Westen und die Einführung des Sicherungsverfahrens für die Obgebiete waren die größten Reichsgriffe, die je- mals ein modernes Land ausnahmte eines

Sehn Todesopfer eines Flugzeugabsturzes

Baiparaiso, 19. Juli. Das Flug- zeug „San Jose“ der panamerikanischen Luftverkehrs-gesellschaft, das am Samstag auf dem Wege von Santiago de Chile nach Buenos Aires verschollen war, ist in der Nähe der einsam gelegenen chilenischen Farm Santa Rosa im Las-Condos-Tal völlig zerstört im Schnee be- graben aufgefunden worden. Alle zehn Insassen sind tot. Man nimmt an, daß die Maschine gegen einen Sturm in den Cordilleren anzukämpfen hatte und daß sie von der Last der Eis- und Schnee- bede niedergedrückt wurde. Die Maschine dürfte, als der Pilot nach einem geeigneten Landeplatz suchte, an den Boden gestoßen und zerstört sein.

Berufsstandes erlaubte. Allein im Osten konnte damit auf 38 000 Betrieben die Si- cherung der Ernte gewährleistet werden. Der Schielese Reichsbestellungs- plan, der entschlossene Wille zur bäuer- lichen Siedlung überall dort, wo ein gesunder Großgrundbesitz wegen Verfall- dung nicht mehr zu halten war, und manche anderen getroffenen oder ins Auge gefas- ten Maßnahmen waren die ersten Ansätze einer planmäßigen Wirtschaftsföhderung, die den Blick zum Binnenmarkt wandte und den Wiederaufbau der Volkswirtschaft von der agrarischen Grundlage her entscheidend einzuleiten im Begriff stand.

Gewiß war mit allen diesen Maßnah- men die Rentabilität noch nicht wieder her- gestellt. Wie schwer das ist und daß das nicht von heute auf morgen geht in einer Zeit der Verarmung, in einer Zeit, wo kein Wirtschaftszweig über Rentabilität verfügt, das wird auch die jetzige Regierung bald erfahren. Ja, ich muß es aussprechen, vom Standpunkt des praktischen Agrarpolitikers sehe ich der weiteren landwirt- schaftlichen Entwicklung ange- sichts der neu getroffenen Maßnahmen, die über ein Manipulieren nicht hinaustom- men und durchaus keine grundsätzlichen Eingriffe bringen, mit der größten Sorge entgegen, und ich darf hinzu- fügen:

Vielleicht wird bald der Augenblick kom- men, wo man der Öffentlichkeit bekann- geben darf diejenigen tiefgreifenden Maß- nahmen, welche im Schoße der alten Regie- rung geplant und eigentlich schon greifbar vorbereitet waren, die, wäre Brüning am Ruder geblieben, längst in Form einer gro- ßen zusammenfassenden Notverordnung er- lassen worden wären, einer Notverordnung, die nicht an Einzelheiten herummanipuliert, sondern den Gesamtkomplex der agrarischen Notlage unter sorgfältiger Abwä- gung der Möglichkeiten und unter Voll- streckung des Notwendigen in einem großen grundsätzlichen Wurf angefaßt hätte.

Und das Brüning-Kabinett konnte et- was Derartiges durchführen, weil es auch den breiten Bevölkerungsschich- ten glaubhaft war, und weil schließlich auch die große Masse der Mühseligen und Beladenen im deutschen Volk — ob sie nun bei den Nationalsozialisten oder bei den Sozialdemokraten oder sonstwo parteimä- ßig eingegliedert sind — soweit nicht durch politische Agitation die Wahrheitsüber- deckung wurde, zugeben mußten, daß der un- antastbar gute Wille vorhanden war, für die Sache der Allgemeinheit und nicht für die Bevorzugung eines einzelnen Standes zu regieren. Es kommt in der Politik ja oft nicht so sehr auf das an, was man tut, sondern darauf, wer es tut und wie man es tut, und das Abwägen der Symponder- bilien war es ja wohl, was der größte deutsche Staatsmann uns als das Wesent- lichste aller Politik in den Jahrzehnten sei- ner Regierung praktisch und theoretisch ge- lehrt hat. Man wird um so mehr auf sie achten müssen, je schwerer die wirtschaftli- chen Nöte und je größer die politischen Spannungen sind.

Darum war, was man an der Regie- rung Brüning als heterogen tadelte, in Wirklichkeit gar kein Fehler, sondern ein Vorzug. Der Arbeiterführer sah neben dem Industrielien und dem Landwirt. Das war der Ausdruck des notwendigen Aus- gleichs aller Schichten und Stände des Volkes. Es war der Wille zur Kon- zentration aller aufbauenden Kräfte, zur praktischen Arbeit ohne Phraze, es war der Weg zur inneren Versöh-nung der Nation, die wir doch eines Tages gebrauchen, wenn dieses Land nicht an sich selbst zugrundegehen soll.

Wetterausichten.

Am Ostrande eines sehr kräftigen über dem Ozean festliegenden Hochdruckgebietes steht Westdeutschland unter dem Einfluß von Nord- westen zuflühender kühler Meeresluft. Mit allgemeiner klarer Bewölkung und meist auch etwas Regen zog heute die gestern über der Nordsee liegende Störungslinie über den Nache- ner Wetterdienstbezirk hinweg. In Ostgebieten bilden sich neue Unregelmäßigkeiten, so daß die Witterung unbefriedigend bleibt.

Vorher sagte bis Donnerstag: Un- bekümmert und zu kühl.

Unberechtigte Kritik.

(* Sehr zahlreich und sehr heftig sind die Klagen und Proteste aus allen Zweigen des gewerblichen Mittelstandes, insbesondere aber aus den speziell betroffenen Fleischerverbänden und -innungen gegen die Anfang Juni dieses Jahres erlassene Schlachtsteuer gewesen. Diese Schlachtsteuer war damals auf dem Notverordnungswege erlassen worden und brachte den betroffenen Gewerbebetriebe schwere Belastungen, die sich selbstverständlich auch auf die große Masse der Konsumenten auswirkte. Man kann angesichts der enormen Opfer, die diesen schon schwer belasteten Volksteilen auferlegt wurden, die Erregung verstehen. Bei ruhiger, sachlicher Ueberlegung wird man aber zu der Ansicht kommen, daß die betreffende Verordnung der preussischen Regierung durchaus kein Willkürakt, sondern eine äußerlich dringliche Notmaßnahme zur Sicherung des preussischen Haushaltes war.

Führen wir uns einmal die damalige Lage des preussischen Haushaltes vor Augen. Bei der Aufstellung des Etats für 1932/33 war mit einer Mindereinnahme von 478,6 Millionen gerechnet worden. Davon wurden 207,2 Millionen durch Abstriche am Personaletat und 169,4 Millionen durch Abstriche an Sachetat eingepart, sowie 2 Millionen durch Erhöhung des Staatsanteils an den Notariatsgebühren gedeckt. Der Rest von 100 Millionen sollte ursprünglich durch die Ausgabelichungen des Reiches gedeckt werden.

Diese erwartete Reichshilfe blieb aber aus, sodaß sich die preussische Regierung gezwungen sah, in der Notverordnung die Schlachtsteuer einzuführen, die einen Ertrag von 90 Millionen bringen soll. Darüber hinaus waren aber zum völligen Ausgleich des Etats noch weitere Maßnahmen notwendig, da im laufenden Etatsjahr mit einem Steuernindefizit von etwa 50 Millionen gerechnet werden mußte. Zu diesen Maßnahmen gehörte auch die Aenderung der bisherigen Bestimmungen über die Niederschlagung der Hauszinssteuer. Auch gegen diese Verordnung wurden sehr heftige und vielfach ungerechte Klagen laut. Wir müssen zu all dem immer wieder betonen, daß die letzten Maßnahmen der Regierung unumgänglich notwendig waren zu einer Sanierung der preussischen Finanzen. Schließlich kommt doch der Sicherung der Staatsfinanzen die allergrößte Bedeutung zu. Nur in einem finanziell geordneten und gesicherten Staat, der die Gewähr für einen sicheren Gang der Wirtschaft bietet, kann sich auch der durch die obigen Maßnahmen betroffene Gewerbebetrieb erholen.

Auch die Klagen über eine ungerechte Verteilung der neuen Opfer sind nicht in diesem Maße zutreffend. Jeder Volksteil hat schwere Opfer bringen müssen und hat sie auch gebracht. Außerordentliche Notzeiten verlangen auch außerordentliche Notmaßnahmen. Endlich ist ja auch noch die Gerechtigkeit vorhanden, daß zu gegebener Zeit, d. h. wenn die Finanzlage Preußens einen Aufschwung erfahren sollte und die durch die letzten Verordnungen erhobenen Steuern nicht mehr zur Sicherung des Etats notwendig sein sollten, mit einer Aufhebung der Schlachtsteuer und der anderen Belastungen zu rechnen ist, da wohl niemand sich der Einsicht verschließen kann, daß diese Opfer nur sehr schwer tragbar sind und die Existenz der betroffenen Kreise äußerst gefährden.

Außerdem ist noch zu bemerken, daß die Notverordnung über die Erhebung der Schlachtsteuer auf Drängen der Reichsregierung erfolgte, die eine sofortige Sanierung der preussischen Finanzen forderte. Für den Fall, daß der preussischen Regierung eine Ordnung der Finanzen nicht gelingen sollte, drohte die Reichsregierung mit eigenen Maßnahmen zur Balancierung des preussischen Staatshaushaltes, wobei die Schlachtsteuererhebung auch nicht zu umgehen gewesen wäre.

Sozialismus links und rechts.

Von Dr. Emil van den Boom, M. Gladbach

Die Sozialdemokratie veröffentlicht in ihrer Presse einen langen „Aufruf an das deutsche Volk“, der die planmäßige Umgestaltung der Wirtschaft in eine sozialistische Bedarfswirtschaft fordert. Wörtlich heißt es: „Die Staatsmacht muß planmäßig in den Dienst der Umwandlung der kapitalistischen Produktionsweise in eine sozialistische Bedarfswirtschaft gestellt werden.“ Dabei wendet sich der sozialdemokratische Wahlaufsatz ausgesprochen gegen den Nationalsozialismus. Und doch haben, was die geforderte Omnipotenz des Staates anbelangt, sowohl das Programm der Sozialdemokratie als auch das des Nationalsozialismus enge Berührungspunkte. Beide wollen diese Omnipotenz des Staates, seine Herrschaft über die Wirtschaft und Sozialpolitik. Allerdings besteht ein Unterschied, sofern die Sozialisten diese Herrschaft dem de-

mokratischen Staat überweisen wissen wollen, die Nationalsozialisten jedoch dem diktatorischen Staat, also der Diktatur, unter der alle Staatsgewalt nur von der Nationalsozialistischen Partei ausgeht und die gesamte, auch wirtschaftspolitische, Regierung und Verwaltung nur von den Mitgliedern der Nationalsozialistischen Partei besteht, besetzt und kontrolliert wird.

Rund um den Wahlkampf.

Dr. Brüning im Schwabenland.

Stuttgart, 20. Juli. (Eig. Meld.) In einer großen Zentrumskundgebung in der von 10 000 Personen vollbesetzten Stadthalle in Stuttgart sprachen Dienstagabend Reichskanzler a. D. Dr. Brüning und der württembergische Staatspräsident Dr. Volz zur Reichstagswahl. Zuerst erhielt Staatspräsident Dr. Volz das Wort, der ausführte, daß man sich etwas klägliches als das Schlüßergebnis nicht denken könne. In der Innenpolitik, so fuhr Dr. Volz fort, sagen wir der Reichsregierung, die jetzt das Demonstrationsverbot wieder eingeführt hat. Du hast unsere Warnungen nicht gehört und bist daher mitschuldig an dem geflossenen Blut. Jetzt erwarten wir, daß die Reichsregierung auch der Soldaten-Spielerei ein Ende bereite und die Uniformen verbiete. Bei ihren Zentralisierungsbestrebungen beachte die Reichsregierung die hinter ihr stehenden Nationalsozialisten nicht. Will Hitler die Diktatur, so wird eine Zahl vielfach so groß wie die der SA sich einer solchen Diktatur widersetzen.

Aus Schwäbisch-Gemünd kommend, wo er zuvor gesprochen hatte, erschien kurz vor 10 Uhr Reichskanzler a. D. Dr. Brüning, jubelnd begrüßt in der Versammlung. In dreiviertelstündiger Ansprache führte Dr. Brüning in Fortführung seiner bisherigen Wahlreden aus, daß er nicht den Rat gegeben habe, so rasch nach den Reichspräsidentenwahlen einen Regierungswechsel zu den Parteien zu machen, die bisher in der Opposition standen. Um der Autorität willen und aus staatspolitischen Gründen würde ich mich aber, so betonte Dr. Brüning mit Nachdruck, auch heute noch für die Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg einsetzen. Dr. Brüning erklärte dann weiter, daß nunmehr der Sprung in die Ungewissheit getan worden sei. Zur Ratifizierung des Lausanner Ergebnisses, führte Dr. Brüning dann weiter aus, sollte die Regierung Papen sich um die Zustimmung der Parteien bemühen, als deren Vorführer sich der neue Kanzler in Lausanne vorgestellt habe. An der Zustimmung der Parteien sei nicht zu zweifeln, denn hier gehe es in erster Linie um die Eroberung der Macht im Innern. Das Zentrum sei ernstlich besorgt, um die Zukunft unseres Vaterlandes. Es sei ein Gesetz der Geschichte, daß nach radikalen Strömungen, die nur nach einer Seite tendieren, nach einiger Zeit der Gegenstoß von der anderen Seite kommt. Nicht durch eine Diktatur, sondern nur durch Ausgleich und Mäßigung wird Deutschland wieder zur Höhe kommen.

Stürmischer, nicht endender Beifall belohnte die beiden Redner für ihre Ausführungen.

Das genügt.

21 Reichswahlvorschläge amtlich zugelassen!

WZB Berlin, 19. Juli 1932. (Draht.) Der Reichswahlaußschuß trat heute unter dem Vorsitz des Reichswahlleiters, Professor Dr. Wagemann, zur Prüfung und Zulassung der eingereichten Reichswahlvorschläge zusammen. Es wurden, wie amtlich mitgeteilt wird, folgende 21 Reichswahlvorschläge für gültig erklärt und zugelassen:

1. Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
2. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung).
3. Kommunistische Partei Deutschlands.
4. Deutsche Zentrumspartei.
5. Deutschnationale Volkspartei.
6. Deutsche Staatspartei.
7. Christlich-sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung).
8. Deutsche Bauernpartei.
9. Landbund.
10. Deutscher Bauernverband.
11. Höflichkeit der Beamten 5000 Reichsmark. Für die Arbeitslosen und bis jetzt abgewiesenen Kriegsbeschädigten.
12. Deutsche Einheitspartei für wahre Volkswirtschaft, Unterstützungsempfängerpartei Deutschlands.
13. Deutsche Sozialistische Kampfbewegung.
14. Nationale Minderheiten in Deutschland.
15. Nationale Mitte. Großdeutsche Freiheitbewegung gegen Faschismus und Sozialismus.
16. Schicksalsgemeinschaft deutscher Erwerbslosen (Erwerbslosenfront).

nach den Bestimmungen und Anordnungen des Diktators, dem alle Parteigenossen blinden Gehorsam schulden. Vielleicht nehmen diejenigen Kreise der sog. Wirtschaft, die mit Nationalsozialisten liebäugeln, in diesen Tagen einmal Gelegenheit, über diese seine Zeiten nachzudenken.

24. Kampfgemeinschaft der Arbeiter und Bauern.
25. Freiwirtschaftliche Partei Deutschlands (Partei für krisenfreie Volkswirtschaft).
26. Gerechtigkeitsbewegung für Parteienverbot gegen Lohn-, Gehalts- und Rentenführungen, für Arbeitsbeschaffung.
27. Deutsche Volksgemeinschaft.

Hugenberg spricht in Köln.

Köln, 19. Juli. (Eig. Meld.) In einer Wahlversammlung der Deutschnationalen Volkspartei sprach am Dienstagabend Geheimrat Hugenberg in der Kölner Messehalle. Die Deutschnationale Volkspartei, so führte er aus, habe ein Freiheitsprogramm ausgearbeitet, in deren Mittelpunkt die deutschnationale Staatsidee stehe. „Wir sind der Meinung“, erklärte er, „daß der Parteistaat, den wir bekämpfen, nicht ersetzt werden darf durch einen neuen Parteistaat, wie der Deutschnationalen noch der Nationalsozialisten.“ Das bisherige Verwaltungssystem kritisierend, drückte er seine Meinung dahin aus, für Deutschland passe keine Zentralisation, auch keine nationalsozialistische, sondern nur eine Dezentralisation. Schließlich müsse damit aufgehört werden, den Begriff sozial mit Sozialismus zu verwechseln. Hugenberg verbat sich in seinen weiteren Ausführungen die Vorwürfe, die Deutschnationalen seien Sozialreaktionäre und stellten ein Klassenkampferisches Bürgertum dar. Dieser Vorwurf dürfe auch nicht von den Nationalsozialisten erhoben werden. Redner bekannte sich zum freiwilligen Arbeitsdienst und darüber hinaus zur Arbeitsdienstpflicht. Das, was an diesem Gedanken groß ist, führte er aus, ist nur der Übergang zu dem, was wir einmal hatten, zu dem, was uns groß gemacht hat. Hugenberg entwickelte seine Pläne der Verwaltungsreform und stellte schließlich die Forderung nach dem erblichen Kaisertum auf. Durch den Sturz Brünnings sei Deutschland einen großen Schritt vorwärts gekommen. „Wir, die nicht verantwortlich sind für die jetzige Regierung, (wer laßt da?) sehen den Dingen mit großer Besorgnis zu. Wir sind nicht einverstanden gewesen mit dem Ergebnis von Lausanne. Wir glauben, daß, wenn man die Frage der deutschen Wehrhoheit aufwirft, sie nicht wieder fallengelassen werden darf.“ Er nennt erobert Hugenberg die Forderung nach einem Reichskommissar für Preußen, der „die Regierung Braun-Severing zum Teufel jage“. Es sei ihm übel genommen worden,

daß er in Wahlreden eine Koalition Zentrum-Nationalsozialismus erwogen habe. Wenn jetzt, so sagte Hugenberg zum Schluß im Hinblick auf die Reichstagswahl, auf der rechten Seite Dummheit gemacht würde, dann werde das Zentrum seine Schlüsselstellung verlieren. Wenn eine Koalition zwischen Zentrum und Nationalsozialismus zustandekäme, dann würde das das Ende der nationalsozialistischen Partei bedeuten.

(Hugenberg leidet an einer maßlosen Ueberhöhung seiner Persönlichkeit. Jedenfalls aber versteht er es geschickt, durch seine Reden den Blick abzulenken vom künftigen Rückgang seiner eigenen einst so großen Partei. Sein Haß gegen das Zentrum ist uns bekannt, als daß wir noch ein Wort darüber verlieren wollten. Sächeln müssen wir über den allzu naiven Versuch, Beziehungen zum Kabinett Papen zu leugnen. Hugenberg mag seine Weisheit jenen verzapfen, die ihm gläubig lauschen. Hier am Rhein wird er allerdings wenig Freunde finden.)

Windhorstbündler und Kolpinghölzer werden überfallen.

Die Germania meldet aus Berlin: An mehreren Stellen Groß-Berlins haben sich Sonntag und Montag Ueberfälle von Nationalsozialisten auf Flugblattverteiler der Zentrums- und Sozialistischen Partei ereignet. So wurde gestern nachmittag gegen 5 Uhr ein katholischer Jungmann in der Wilsnader Straße in Moabit von einer größeren Gruppe von Nationalsozialisten angerempelt und blutig geschlagen. Die Flugblätter der Jungmann bei sich trug, wurden gestohlen. Die polizeilichen Nachforschungen in diesem Falle sind noch im Gange.

Ein zweiter Ueberfall, der bei weniger Besonnenheit der Jungzentrumsleute leicht hätte zu schweren Folgen führen können, ereignete sich Sonntag früh in der Kleindekenstraße, in der Nähe des Anhalter Bahnhofs. Ohne irgendeinen Grund zu stören, waren dort sechs Gesellen mit dem Austeilen von Wahlflugblättern der Zentrums- und Sozialistischen Partei beschäftigt. Sie wurden plötzlich von einer Gruppe von ca. 30 Nationalsozialisten angepöbeln. Einem der Kolpinghölzer, der allein in einem Haus die Blätter verteilte, trat ein Nationalsozialist mit gezücktem Revolver entgegen, um ihn zur Herausgabe des Propagandamaterials zu zwingen. Der Revolverheld hatte allerdings nicht mit dem Mord und der Entschlossenheit unfreier Gesellen gerechnet, der ihm sofort den zum Schuß erhobenen Arm umdrehte, ihn gegen die Wand warf und ruhig seiner Wege weiterging. Von einer ganzen Rote von Nationalsozialisten verfolgt, mußte der Gefesselte dann in ein Haus flüchten. Seine Kameraden alarmierten das Ueberfallkommando, das ihn bald befreite. Die Gassenbuben hatten unterdessen das Weite gesucht.

U. a. versuchten ferner auch in der Schöneberger Straße nationalsozialistische Trupps am Sonntag Windhorstbündler und Gesellen, die dort friedlich bei der Propagandaausgabe waren, die Flugblätter gewaltsam zu entreißen. Bei den handfesten Gesellen und Windhorstbündlern hatten sie damit wenig Glück; sie wurden verjagt.

Wie sie lügen!

Der „Angriff“ Nr. 138 vom 7. Juli stellt (nach einer wüsten Hege gegen die „Schwarze Schande“ des „bauernfeindlichen Zentrums“) folgende irreführende Behauptung auf:

„Um wenigstens für einige Zeit, bis zur Beendigung der Ernte und Herbstbestellung, den Bauern davor zu schützen, daß er nicht noch vor Ausbesserung dieses Systems von seinem Hofe verjagt wird, wurde von der NSDAP ein 2. Antrag eingebracht, alle Zwangsversteigerungen obiger Art (gemeint sind landwirtschaftliche Betriebe) bis zum 1. 1. 1933 zurückzustellen. Auch gegen diesen bescheidenen Schutz der Landwirtschaft stimmten die Vertreter des Zentrums, Arm in Arm mit der SPD und der KPD.“ (Besterer Satz vom „Angriff“ in Fettdruck gebracht.)

Diese Behauptung ist eine glatte Unwahrheit. Wir stellen folgenden Sachverhalt fest:

Die Nationalsozialisten beantragten in der Sitzung des landwirtschaftlichen Ausschusses im Preussischen Landtag am 5. Juli, alle Zwangsversteigerungen gegen landwirtschaftliche Betriebe völlig zu unterbinden. Die Vertreter des Zentrums lehnten einen derartig weitgehenden, die Kreditfähigkeit der Landwirtschaft untergrabenden Antrag ab und brachten stattdessen folgenden Abänderungsantrag ein:

„Der Antrag Druck. Nr. 165 erhält folgende Fassung:

Das Staatsministerium wird ersucht, auf die Reichsregierung einzuwirken, daß die Zwangsversteigerungen gegen Inhaber von landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen, gärtnerischen und Weinbaubetrieben, die unverschuldet in Not geraten sind, bis zum

1. Januar 1933 hinausgeschoben werden. Betriebe, die schlecht bewirtschaftet oder aber durch unangemessene Lebenshaltung gefährdet sind, sollen diesen Schutz nicht genießen;

2. die durch die für das ganze Reichsgebiet geltenden Sicherungsbestimmungen geschädigten Gläubiger durch zweckentsprechende gesetzliche Bestimmungen und, wenn möglich, durch Vergabe öffentlicher Mittel vor Nachteilen geschützt werden.“

Die Vertreter der Deutschnationalen beantragten bei Ziffer 1 Abstimmung über die einzelnen Sätze. Sie stimmten dann für den ersten Satz und gegen den zweiten, der denjenigen, die schlecht wirtschaften oder durch eine unangemessene Lebenshaltung in Schwierigkeiten gekommen sind, diesen Schutz entziehen will.

Wenn die Fraktion Hugenberg's offen und eindeutig die Hilfe des Staates auch für solche Betriebe in Anspruch nehmen will, die durch Verschwendung und schlechte Bewirtschaftung rettungslos verschuldet sind, so ist das ihre Sache. Das Zentrum aber glaubt es nicht zu beantworten zu können, wenn die Steuergelder zur Sanierung rettungslos verschuldeten osteilicher Großbetriebe verwandt werden.

Wenn der „Angriff“ diese Auffassung des Zentrums als „Schwarze Schande“ und „bauernfeindlichkeit“ bezeichnet, und die Wählermassen aufruft, am 31. Juli die Konsequenzen zu ziehen, so werden wir es getrost dem gesunden Sinn des deutschen Volkes überlassen, zu entscheiden, wo die Wahrheit die wirklichen Bauern und Volkseigenen liegen.

Brühl und Umgebung

Brühl, 20. Juli.

Heute Abend ist große

Frauenversammlung

Am 8. Uhr findet im Josephshaus ein Frauenabend statt, zu dem alle katholischen Frauen und Mädchen herzlich eingeladen sind. Fräulein Auguste Schröder von hier spricht über das Thema: „Die katholische Frau in den Entscheidungslagen des deutschen Volkes.“ Der Vortrag wird mit Gesang und Lautenspiel umrahmt. Das Erscheinen ist Ehrensache.

11. Revelaer Verein Brühl. Nun doch zweitägige Fahrt. Der Vorstand des Revelaer Vereins hatte beschlossen, in Anbetracht der jetzigen Notzeit die diesjährige Wallfahrt auf einen Tag zu beschränken. Da aber inzwischen viele Mitglieder des Vereins den Wunsch ausgesprochen haben, es bei der zweitägigen Wallfahrt, wie bisher zu belassen, so hat der Vorstand in seiner gestrigen Sitzung diesem Wunsch entsprochen. Es wird schon jetzt darauf aufmerksam gemacht, daß die Reichsbahn, den Sonderzug nur dann stellt, wenn wenigstens 300 Vollkarten verkauft werden, und geht daher an alle Mitglieder die Bitte, für die Wallfahrt bei ihren Bekannten zu werben. Dieser Sonderzug für die zweitägige Wallfahrt muß nun erneut angefordert werden und wird dann in der nächsten Woche alles weitere bekannt gegeben werden. Der Fahrpreis beträgt für Erwachsene 5.80 M., für Kinder 3 M.

11. Der Quartett-Verein erhält Besuch aus dem Sachsenland, und zwar handelt es sich um einen Gegenbesuch des Vereins, bei dem die Brühler auf ihrer Sachsenreise zu Gast waren. Die Sachsen machen einen Abstecher nach hier anlässlich ihrer Fahrt zum Frankfurter Sängerfest. Die Mitglieder werden zu der für den Empfang der Gäste am Donnerstagabend 8 1/2 Uhr im Beisein der stattfindenden Generalprobe herzlich eingeladen.

11. Sonntagstagen zum Sängerfest nach Frankfurt a. M. Für die Zeit vom 21. Juli ab 0 Uhr bis 24. Juli 32 einschl. können von allen Bahngehörigen im Umkreis von 300 km von Frankfurt a. M. Sonntagssonderfahrtskarten nach Frankfurt a. M. ausgestellt werden. Die Einfahrt muß am 24. Juli um 24 Uhr beendet sein. Die Rückreise wird täglich bis zum 26. Juli zugelassen, sie muß spätestens am 26. Juli bis 9 Uhr angetreten sein und darf an diesem Tage nicht mehr unterbrochen werden.

11. Westfälische Meisterprüfung. Paul Lindner, Bergerstraße 57 wohnhaft, beschäftigt auf der Zuckerfabrik A.-G., Brühl hat die Meisterprüfung als Maschinenbaumeister an der Handwerkskammer Köln praktisch wie theoretisch mit „Gut“ bestanden. Den an der hiesigen Berufsschule, im Auftrage der Handwerkskammer Köln, abgehaltenen Vorbereitungskursus auf die Meisterprüfung hat Herr Lindner besucht.

11. Jäger werden mit Steinen beworfen. Es ist in letzter Zeit öfters vorgekommen, daß fahrende Jäger von Kindern mit Steinen oder sonstigem beworfen wurden, so auch wieder dieser Tage ein Elzug auf der Strecke Köln-Bonn. Verschiedene Scheiben in den Wägen wurden zertrümmert. Eine mitfahrende Dame wurde durch einen Steinwurf daran Kopf verletzt, daß sie sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Als Täter stellte die Bahnpolizei zwei zwölfjährige Schüler aus der Umgebung Brühls fest. Die Eltern sollten ihre Kinder auf die Folgen eines derartigen gefährlichen Spieles mit Nachdruck aufmerksam machen.

11. Schweinejagd am 1. September. Amtlich wird mitgeteilt: Auf Anordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft findet im

Einvernehmen mit den Landesregierungen am 1. September 1932 die nächste Zählung der Schweine und der nicht beschaupflichtigen Haus-schlachtungen an Schweinen in den vorhergehenden drei Monaten statt. Die Schweinehaltenden Landwirte selbst haben das größte Interesse daran, daß die gestellten Fragen in richtiger und zuverlässiger Weise beantwortet werden. Dafür wird ihnen auf der anderen Seite die unbedingte Sicherheit gewährleistet, daß ihre statistischen Angaben geheimgehalten werden und keinesfalls zu steuerlichen Zwecken Verwendung finden.

11. Deide: 74 Jahre wird heute Frau Johann Schmidt, Barbarastraße 33.

Vorschläge zur Einschränkung der Gewerbefreiheit. Von der Handwerkskammer Köln wird uns geschrieben:

Das deutsche Handwerk erleidet durch die infolge der großen Arbeitslosigkeit immer mehr zunehmende Schwarzarbeit (Ausübung nicht angemeldeter gewerblicher Tätigkeit) eine empfindliche Beeinträchtigung. Nicht nur Reparaturen, sondern auch fast alle Kleinaufträge an Lieferungen und Leistungen werden heute durch Schwarzarbeiter dem selbständigen Handwerk weggenommen. Die Forderung des Berufsstandes nach einem gesetzlichen Verbot der Schwarzarbeit wurde bislang nicht berücksichtigt, ebenso auch nicht die Forderung, die die vorübergehende Ausübung eines fremden Gewerbes vorgeschriebene Anmeldung gebunden wissen wollte.

Der Reichsverband des deutschen Handwerks hat nunmehr einen besonderen Arbeitsausschuß eingesetzt, dem die Prüfung der Frage vorgelegt wurde, ob durch eine etwaige Einschränkung der Gewerbefreiheit die mit dem Ueberhandnehmen der Schwarzarbeit verbundene Gefährdung des selbständigen Handwerks beseitigt werden kann.

Briefkasten.

Kaufleute unter dieser Rubrik werden aus Versehen der 3. und 4. Klasse unterstellt. Anfragen sind nur schriftlich unter Angabe des Namens und der Stellung der Zeitung einzulegen. Anfragen durch Fernsprecher können nicht beantwortet werden.

Reinigen am Herd. Seit einigen Abenden führt uns in der Küche am Herd die ganze Nacht hindurch ein Heimgen (Grille). Das Zittern wirkt unerträglich. Wie ist dem Insekt beizukommen und wie wird man es vertreiben können? — Streuen Sie folgendes Pulver auf Papier und legen es mehrere Abende an die Stelle, wo sich die Tiere meistens aufhalten. Man nimmt ein Gewichtsteil pulverisierten ungelöschten Kalk, 1 Gew. Teil pulverisierten Borax und mischt dies genau, dann noch 2 Gewichtsteile feines Mehl und 2 Gewichtsteile weißen Zucker. Nachdem auch diese beiden letzteren gesondert gemischt sind, vermischt man sorgfältig sämtliche Teile.

A. Baumeister. Sie müssen unbedingt den Nachweis erbringen, daß Sie die Reifeprüfung an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Bau-gewerkschule bestanden haben und mindestens fünf Jahre als Geselle, Bauführer oder Techniker bei Ausführung von Bauten praktisch tätig gewesen sind. Sonst hat es keinen Zweck, daß Sie ein Gesuch bei der Prüfungsbehörde (Handwerkskammerprüfungsamt) einreichen.

J. Sch. Kierberg. Die Grundlage für die Berechnung der Grundvermögenssteuer bildet der Wert des Steuergegenstandes, der für die Veranlagung zur früheren preussischen Ergänzungsteuer (gemäß dem Gesetz vom 14. Juli 1893 — 19. Juni 1906 bis 26. Januar 1909) für den Veranlagungsabschnitt 1917/19 festgestellt worden ist. Nach dem Ergänzungsteuergesetz gilt als Wert für dauernd land- oder forstwirtschaftlichen Zwecken dienende Grundstücke der Ertragswert. Dabei sollte als Ertragswert das 20fache des Reinertrags gelten, den die Grundstücke als

Warum wählen wir Liste 4?

Darum wählen wir Liste 4

die ordnungshaltende und tatbereite

Deutsche Zentrumspartei

solche nach ihrer wirtschaftlichen Bestimmung bei gemeinüblicher Bewirtschaftung im Durchschnitt nachhaltig gewahren können. Die Steuer beträgt monatlich bei diesen Grundstücken für die ersten 10 000 RM des Wertes 0,10 RM. Dazu erhebt die Gemeinde ihrerseits einen Zuschlag.

Wismatranke. Auch das Sauerland bietet in manchen Teilen dem Bronchial- und Wismatranke- und Erholungsgeheimnis. Lassen Sie sich Prospekte kommen vom Westfälischen Verkehrsverband e. V. in Dortmund.

Bücherschau.

„Ein Weg“

Roman von Michel Beder.

(Romanformat, 350 Seiten, Leinwand, Verlag der Buchgemeinde, Bonn. Auslieferung nur an Mitglieder der Buchgemeinde zum Preise von 2.70 M.)

Wir Deutschen, die wir in eine Zeit des Verfalls in vielfältiger Hinsicht hineingeboren wurden, haben schon oft gefragt: Wo bleibt der Dichter, der vom Standpunkt der unbirrten christlichen Weltanschauung aus zu jenen Werten etwas Giltiges, also Klärendes und Heilendes zu verkünden weiß, die das Alltagsmenschliche in denselben Menschen angehen, den Gott nach seinem Bilde zu formen verspricht. Anders: Wer von uns weiß sich frei von Aufstellungen und Zweifeln? Und wer weiß nicht zugleich von der alten, segnenden Weisheit, daß der Mensch es nicht hindern kann, wenn die bösen Gedanken gleich schwarzen Vögeln über ihn hinwegflattern, daß er in ihnen das Sinnlose und Bräutliche dieser Gedanken zu verbinden verpflichtet ist! — Der spekulative Literat hat denen, die das Gütliche in sich bis zum Behalten vertreiben und das Tierische erbarmungslos an der Kette halten wollen, nichts Besseres als gar Stillschanden zu sagen. Vor Michel Beder's Roman „Ein Weg“ möchte man die Hände falten, möchte man demütig werden, als habe man nach langer Wandering einen Quell gefunden. Wohlgerichtet: Dieses Buch ist eine Gabe für langsame, bedächtige, feinfühler Vertiefungen noch aufgeschlossene Leser; denn für den, der Spannung oder Handlung im gemeinplässigen Sinne fordert, wurde das Werk nicht gestaltet, wohl aber für solche Menschen, die, mögen sie auch von Zweifeln angefochten werden, nach Läuterung verlangen, weil sie den ihnen geschilderten Bräutungen nicht ausweichen, sie vielmehr befehen, also austämpfen wollen.

Was gemeint ist? Eine kurze Betrachtung des Inhalts möge es deuten: Ein junger Dichter, müde vom Erkennen und überdrüssig des Daseins, flieht aufs Land und lernt dort ein Mädchen kennen, das ihn die in der Stadt verlebene Braut beinahe vergessen läßt. Der Dichter kämpft, muß sich entscheiden: Kleine Christin vom Land oder große Marianne in der Stadt? Deutlicher: Einfall oder Wissen? Eine schwere Fieberkrankheit und der Zupruch eines herrlichen Priesters und Menschen bringen die Klärung: Christin soll in einem Manne des Dorfes den eigenen Gatten finden, der Dichter aber kehrt heim zu Gott, zu Marianne, der Frau, zu ... sich! — Das Wichtigste und Schwierigste dieses Buches liegt im Gestaltlichen und Verborgenen. Die Seele des Landes wird in der Schilderung lebendiger denn je, und der Mensch, der hier staunet, kämpft und liegt, soll umher im Spiegel der Erkenntnis vorhalten: nicht doktrinär oder rezeptierend, doch glühend, verzeihend und fähend: als Bundesgenosse, auf den noch Verlaß ist!

Michel Beder erweist sich wieder als Meister der Sprache, und wo er eine Ueberraschung würdiger Gedanken entfaltet, geht von dem Buch und seinen Gestalten ein Strom der Erhebung aus, der im Leser beglückende Wiederkehr findet: „Auch auf dem Acker der besten Ehe muß wieder und wieder Untertan geküßt werden; denn nur das Feld Gottes ist ohne Untertan. Aus dem Saal der Tränen schließt sich das Süße der Liebe.“



Urlauber! Vergesst nicht den Stimmschein!

Für die Urlauber, die am Tage der Reichstagswahl, am 31. Juli, nicht an ihrem Wohnort weilen, ist es unbedingt erforderlich, sich einen Stimmschein zu besorgen. Man kann dann in jedem deutschen Ort wählen — außerdem kostet es nichts!

Aus den lachenden Augen leset einander den Ernst ab, mit dem ihr dem Leben begegnet! — Nicht zu vergessen: Die dem Buch beigegebenen Holzschnitte von Ernst Janßen-Winkeln verraten in ihrer stillen Festlichkeit den vom Sinn der Dichtung offenbar beeinflussten Künstler, dessen Namen man sich merken muß. — Die Gesamtausstattung ist geschmackvoll, der schwarzrote Einband beinahe monumental zu nennen.

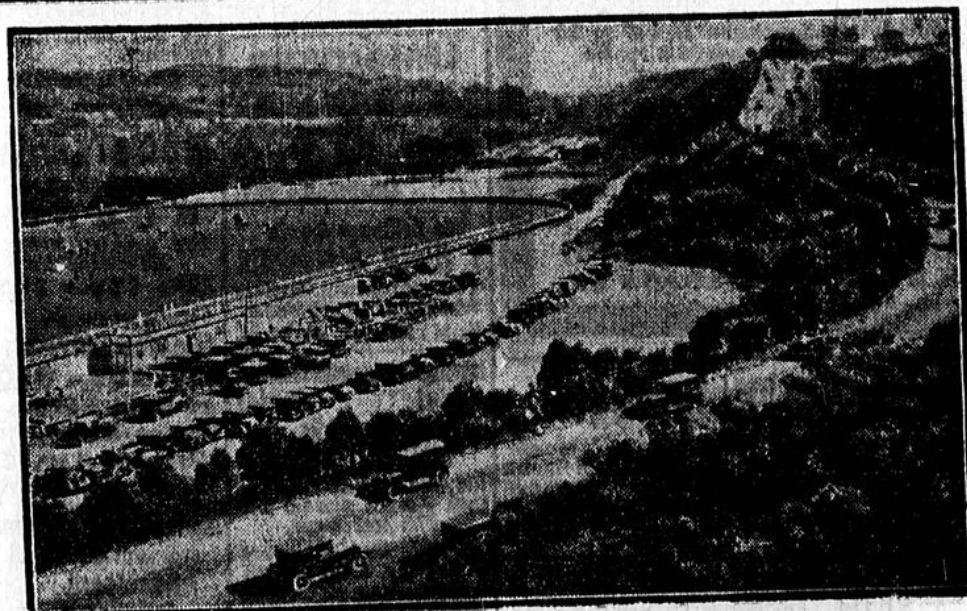
Heing Stegumweit.

Die Deutsche Saar. Unter dem obigen Titel hat der Rheinische Verkehrsverband in Verbindung mit dem Pfälzischen Verkehrsverband und unter Mitwirkung der Arbeitsgemeinschaft Saar ein Vogelschaubild des Saargebietes herausgebracht. Das Bild, das eine Größe von 76 mal 52 cm hat, ist eine klare und übersichtliche Reliefkarte des deutschen Saargebietes, die sich vortrefflich zum Anschauungsunterricht in Schulen und sonstigen Stellen eignet. Das Blau der Wasserläufe, die weißen Straßenverbindungen und die schwarz eingetragenen Eisenbahnlinien geben mit den rot bedachten Häusern der Städte und Dörfer und dem Grün und Braun der Wälder und Berge im ganzen ein farbenprächtiges Gemälde, das daher auch als Wandbild zur Verwendung finden dürfte. Das Vogelschaubild ist die erste Auswirkung der seit Jahresfrist zwischen dem Rheinischen und Pfälzischen Verkehrsverband und dem Saargebiet begonnenen Zusammenarbeit in Fremdenverkehrsfragen. Es darf als ein starker Anreger zu Reisen in das schöne Saarland gewertet werden und wird auf diesen Reisen einen ausgezeichneten Ueberblick über die Lage, Bodengestaltung, Verkehrsverbindungen des Landes usw. gewähren. Die Karte ist zum Preise von 1 RM durch den Rheinischen Verkehrsverband E. V. Bad Godesberg zu beziehen.

Bei Hautjucken Rote Pickeln Sonnenbrand Wundlaufen hilft Penalen-Creme

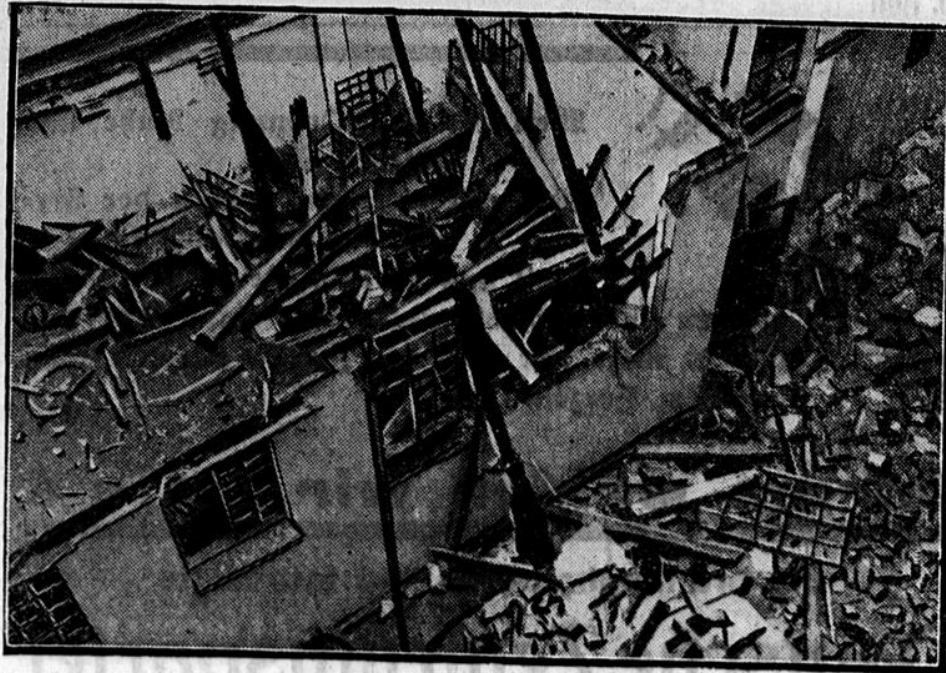
Sport

Dr. Turn- und Spielverein Brühl — Germania Nippes 2:3. Mit diesem Gegner hatte Brühl keinen schlechten Griff getan; es war der



Hier werden die deutschen Olympia-Kämpfer trainieren

Unsere Aufnahme zeigt den Trainingsplatz der nehmenden deutschen Sportler, die Polo-Felber an den Olympischen Spielen in Los Angeles teil-



Knallkorken zertrümmern ein Lagerhaus

Im Lagerhaus einer Silberheimer Firma, die Knallkorken, Pulverplättchen und andere Explosivkörper herstellt, ereignete sich — vermutlich

durch Selbstentzündung — eine Explosion, die das zweistöckige Lagerhaus fast vollständig vernichtete und den Lagerhalter tötete.

Spitzenführer der 1. Klasse. In der ersten Halbzeit gab Brühl den Ton an und legte durch den Mittelfürmer das 1. Tor vor; der Ausgleich ließ nicht lange auf sich warten. Bei Mitte ab geht die rechte Seite vor und der Halbrechte von Nippes sendet zum 1:1 ein. Bis zur Halbzeit kann der Mittelfürmer Brühls nach Vorlage vom rechten Flügel zum 2:1 einschließen. Nach der Halbzeit beherrscht Nippes 20 Minuten lang das Feld, aber Tore werden keine erzielt. Brühl macht sich aus der Umklammerung frei, kommt zeitweise

schön vor, aber der Hüte von Nippes läßt keine Erfolge mehr zu, dagegen erzielt Nippes noch 2 Tore, ein 3ter hielt der Brühler Hüter in blendender Manier. Die Reserve Brühls machte es beer und schlug Nippes Reserve 4:0.

Jetzt kommt die Zeit des Einmachens! Da ist die Frauenwelt in ihrem Element. Dann wird gejaubert, gekocht und abgebrüht. Ledere Früchte wie Gemüse wandern jetzt in Gläser und Töpfe.



Hier fanden die Altonaer Straßenkämpfe statt

Ein Blick in die Marienstraße Ecke Große Johannisstraße in Altona, in der der Straßenkampf besonders heftig tobte. Nach den Unruhen stehen

die Bewohner lebhaft diskutierend in den Straßen, während immer noch Polizeiwagen die Unruhe abfahren.

Damit aber alles so frisch bleibt wie am ersten Tage, wäscht die kluge Hausfrau vorher das Geschirr mit einer heißen Mi-Böschung aus. So weiß sie, daß sich alles gut hält.

Ein verchromtes Fahrrad bringen die Mielewerke seit einigen Monaten unter der Bezeichnung „Miele-Melior-Chrom“ in der Preislage von 81 RM auf den Markt. Dieser erstaunlich niedrige Preis für ein verchromtes Marken-Fahrrad bei Verwendung erstklassiger Materialien (Tor-

pedo-Freilaufnabe, geldierter Rahmen, gutes Trete-lager usw.) ist nur durch die Ausnutzung vollkommener Fabrikationsmethoden möglich geworden. Für das Miele-Melior-Chrom-Rad, daß auch mit Ballonreifen geliefert werden kann, übernehmen die Mielewerke die übliche Garantie.

Verantwortlich: Peter Decher, Brühl.
Notationsdruck und Verlag „Brühler Zeitung“
Buchdruckerei B. Decher GmbH, Brühl.

Der billige Laden in Brühl nur: UHLSTR. 40

bringt zum Saison-Schluss-Verkauf

große Posten Strümpfe, Trikotagen, Wollwaren, Wäsche, Männerhemden, Kinder- und Backfisch-Kleider, Damen-Mäntel, Sporthemden, Joppen, Männer-Hosen, Arbeitshemden, nur gute Qualitäten.

zu denkbar niedrigsten Preisen!

Damen-Mäntel
und Kleider, zum
Aussuchen, St. 350

Kinder-Söckchen ab 15 Pfennig
Damen-Söckchen ab 28 Pfennig
Mädchen Waschkleiden
zum halben Preis usw.

Frau Maria Drechsler

Noch nie
so billig
als jetzt

Schlafzimmer in echt Eiche mit Innenspiegel
mit Patentrahmen u. Schonerdecken RM 375
Küchen in caroline pine kompl. 130, 175 RM
Einzelmöbel wie Ledersofa prima Arbeit 45 RM
Küchentische 23 RM. Metallbetten 14 RM
Chaiselongues, Divandecken, Klubsessel,
Rauchtische usw. nur im

**Möbel
Zirkus**
Brühl

Anlässlich unserer silbernen Hochzeit sind uns so viele Glückwünsche, Blumen und Geschenke zugegangen, daß es uns nicht möglich ist, jedem einzelnen zu danken. Somit sagen wir hiermit allen auf diesem Wege, besonders den M. G. V. Rheingold, den Angestellten der Firma DuMont, Köln-Klettenberg unseren

herzlichsten Dank.
Mathias Klinkhammer und Frau.

Brühl, im Juli 1932.

**Wirkungsvolle
Schilder, Buchstaben,
Plakate, Transparente,
Schilder.**

**Jansen,
jr.
Brühl — Ruf 2312
Uhlenstraße 116.**

EISU-Betten
u. Holz-
Schlafz., Kinderbett, Stahlmatr.,
Chaisel., an jedem Teils. Katal. fr.
Bismarck-Str. 10, Brühl (Hbf.)

Saison-SCHLUSS-Verkauf und jetzt noch billiger

Sommerstoffe

Waschkunstseide 0.38
moderne Muster Mtr. 0.78, 0.58
Zefir 0.33
gestreift, indanthren . . . Mtr.
Beiderwand 0.45
indanthren Mtr.
Panama 0.54
bunt indanthr. Mtr. 0.60 weiß Mtr.
Trachtenstoffe 0.65
moderne Muster . . . Mtr. 0.75
Beiderwand 0.78
Kunstseide moderne Stoffe Mtr.
Kunstseiden Leinen 0.98
Mtr.
Wollmuseline 0.98
nur mod. Dessins . . . Mtr. 1.35,
Macobatist 0.60
indanthren Mtr.
Voll-Voile 1.45
gemustert Mtr.

Baumwollwaren

Nessel 0.17
70/80 breit Mtr. 0.30, 0.25, 0.21,
Hemdentuch 0.27
80 breit . . . Mtr. 0.45, 0.36
Echt Maco 0.39
Mtr. 0.66, 0.53,
Bettuch-Nessel 0.59
154 breit . . . Mtr. 0.98, 0.72,
Bett-Linnon 0.65
130 breit Mtr.
Bett-Kretonne 0.85
130 breit Mtr. 0.98
Haustuch 0.95
150 breit Mtr.
Halbleinen 1.45
150 breit Mtr.
Damast 0.85
130 br. gebl. Mtr. 1.20, gestr. Mtr.
Schürzensiamosem 0.58
hübsche Muster Mtr. 0.98, 0.70,

Geschwister Jülich, Brühl

Unser Saison-Schluss-Verkauf

beginnt ab Montag, den 18. Juli.
Wir bringen Einzelpaare zu fast
geschenkt billigen Preisen.
Überzeugen Sie sich und Sie
werden staunen.

Einige Beispiele:

Kinderschuh u. Stiefel 0.95
Mk. 2.95, 1.95,
Mädchen-Rindboxstiefel 1.65
Gr. 33-35

Damen-Spangenschuhe 2.95
Restpaare Mk. 4.95, 3.95
teils Markenschuhe (kl. u. gr. Nr.)

Herren-Halbschuh 4.35
braun u. schwarz, weiß gedoppelt
Mk. 5.90, 4.90,

Herren-Arbeiterschuh m. u. 2.95
ohne Nägel Mk. 4.95, 3.95,

Hallen- u. Badeschuh Gr. 27-47 0.50
schwarz u. weiß m. Gummisohlen

Turnschuhe braun mit Gummisohlen, Rotstempel 0.95
43-46 Mk. 1.68, 36-42 Mk. 1.38, 29-35

Mk. 1.25, 23-28 Mk. 1.18, 20-22 0.95

Unsere Auswahl ist groß,
die Preise sind klein.

Wir erwarten Sie in den ersten
Tagen.

Schuhhaus Mendel
Köln, Weyerstraße 33.

Beste Kapitalanlage

Modernes Haus mit abgeschlossenen Wohnungen — Stadtmittel — Veranda, Garten, Heizung usw., Hauszinssteuerfrei, besonderer Umstände halber billig zu verkaufen. Anz. 7000 RM.

Anfr. erbeten an die Geschäftsst. unt. O. D. 393.

Zinnblechfabrik Pateron
finden Sie hier eine kleine
Anzeige in dieser Zeitung.

Müde, zerschlagen?

Nehmen Sie 3 x täglich ein Gläschen Doppelherz, das wohlschmeckende und tausendfach bewährte Nervenkräftigungsmittel. Bei Nervenschwäche, Blutarmut, Appetitlosigkeit und sonstigen Schwachzuständen als Kräftigungsmittel unübertroffen. Probeflasche RM 1,95, große Flasche RM 3,70 u. RM 4,65, Doppelherz-Dragees RM 1,50.

Niederlage: Drogerie P. Schmitter, Kölnstr. 15.

Büroräume

zu vermieten.
Beich. bei der Exped. 772.

Unterhaus

3 schöne Zimmer und
Küche, Waschküche,
nur an ruh. bessere Leute.
fester Mietzähler zu ver-
mieten.

Uhlenstraße 127.

In besserem Hause

1. Etage, 4 Räume

(evtl. Garagen- u. Garten-
benutzung) zu vermieten.

Aust.: Kauter, Uhlenstr. 82.

Billig! Billig!

Wandplatten

für alle Zwecke, solange
noch Vorrat vorrätig am Wt.

4.50 frei Haus.

Schriftl. Antrag, erbet.
P. D. 324 a. d. Geschäftsst.

Eine hochtragende

Kuh

zu verkaufen. (3. Kalb)
Erp 144

Gesährden Land.

Suche zum sofortigen

Eintritt einen zuverlässigen tüchtigen

Pferdeknecht

für alle landwirtschaftl. Arbeiten.

Matth. Lüdighaus,
Bismarckstr. 116.

Möbelkäufer!

Die schönsten

Küchen

der größten deutschen

Möbelfabriken

Mk. 135.- 165.-.

Echt eichene

Schlafzimmer

Mk. 295.- 350.-.

Fahrtvermittlung

Höfner-Möbel, Köln,

Gereonsbof 49, Ecke

Kaiser Wilhelmring.

In- und ausländ.

Hobelsort

Fußleisten

Unterlagsböden

Stabreiter

Wilh. Grech, Bonn.

Es ist jetzt Geduld und Schweigen! Swinner.

„Seute ist ein Glücktag! Schon die zweite Pflanze entbedt, in dieser Zone niemals vorkommt!“

„aufsetzen.“ —

! din! Eine magden mitz 10 ginnung.

gebäude geteilt, als ob eine arme, goldbesetzte Antiquar-
im Geschäft der besten Sorten Gaudruche ins Auge fiel: Ein
Pattziger Mann in neuer Stieve mit blauen Knien fortitt
doch gemächlich daher: — Sollte das nicht Christian Schan, der
Rittiger von Bernau, sein? — Aber natürlich: Das selbige

noch über seine Gamme, und die Seite in Ordnung und ungeachtet
erzählt haben, wenn sie nicht hätte anordnen müssen. Sie konnten
ihm für alles, was er berichtet habe, keine eine große Güte
bedeuten für seine Arbeit und eine dann zum zweitenmal nach
dem Gedächtniß. —

fortzutrügen, trat sie hinzu und bot:
"Saget mich ihn, ehe ihr ihn mehren allen Jungen auf
immer entzühlet, noch einmal lieber!"
Jüngern boten sie nichts einzuwenden, da sie ihren
Gnug fürchteten. Die Frau aber, da sie die blühenden Zweige

in derjenigen getauerten Ordnung zu sein, unter welcher sie in der That stehen, und dabei blieb es schuldunbedingt. Die derartige deutsche Kleinlandsegregationen haben das staatsrechtlichen angestrichene Inwendig eingeschoben mit bestimmten Befehlen den Schaden von ihren Schultern genommen.